



STOPP!

Klarheit, Konzentration, Konsolidierung Für einen Politikwechsel in Düsseldorf

**Rede zur Etat-Planung 2017
Fraktionsvorsitzender Rüdiger Gutt**

Ratssitzung am 15. Dezember 2016

Klarheit, Konzentration, Konsolidierung Für einen Politikwechsel in Düsseldorf

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was wir heute hier zu beschließen haben, ist ein Haushalt der Mutlosen und Kraftlosen.

Mutlos sind SPD, Grüne und FDP, weil ihnen der Mut zum Sparen fehlt. Kraftlos sind diese drei, weil sie nicht imstande waren, Düsseldorf vor der Verschuldung zu bewahren.

Denn das ist die bittere Erkenntnis in dieser Stunde: Düsseldorf ist nicht mehr schuldenfrei. Nach neun Jahren hat die wirtschaftliche Schuldenfreiheit ein jähes Ende gefunden. Und zwar wegen der Chaospolitik der Ampel.

Der eigene Machterhalt dieses brüchigen Dreierbündnisses war den Beteiligten wichtiger als der Erhalt der Schuldenfreiheit.

So ist von der Ampel heute nur Selbstbeweihräucherung zu erwarten. Kein ehrlicher Kassensturz, keine Selbstkritik. Und erst recht kein Politikwechsel, der längst überfällig wäre.

Am Ende wird eine linksliberale Mehrheit dieses Rates bereitwillig Ja sagen zu einem weiteren verlorenen Jahr für unsere Stadt.

Ja sagen zu neuen Schulden, zu Ausgabenübertreibungen, zu falschen Prioritäten und fehlenden Prinzipien. Hier handelt es sich keineswegs um einen Betriebsunfall. Nein – ich muss das so hart sagen –: Hier liegt organisiertes Politikversagen vor.

Herr Oberbürgermeister,
die Mahnung, die Sie im Frühjahr ungefragt der Fortuna mitgaben, sollten gefälligst Sie selbst und Ihre Ampel beherzigen: Kommen Sie verdammt noch mal „aus diesem Wurschtel-Modus“¹ raus!

¹ Vgl. Bild-Zeitung v. 15.3.2016.

Ich bin seit 22 Jahren in diesem Rat. In dieser ganzen Zeit habe ich es noch nie erlebt, wie eine Ratsmehrheit vor den eigenen Haushaltsproblemen so kapituliert und so in die Knie geht wie Sie hier.

Selbst in den späten 90er-Jahren, als Düsseldorf mit 1,6 Milliarden Euro Schulden tief in den roten Zahlen steckte und keine Spielräume mehr hatte, selbst da haben die damaligen Verantwortlichen von Rot-Grün mehr Ernsthaftigkeit und mehr Besorgnis gezeigt als Sie heute.

Gerettet hat Düsseldorf ab 1999 ein echter und durchgreifender Politikwechsel.

Meine Damen und Herren,
es ist wieder höchste Zeit für diese Art von Politikwechsel!

Dreh- und Angelpunkt ist die Haushalts- und Finanzpolitik. Wir als CDU wollen zurück zu stabilen städtischen Finanzen. Ausgaben und Einnahmen müssen sich endlich und tatsächlich wieder die Waage halten.

Meine Damen und Herren,
Ihnen im Saal und den Menschen, die uns zuhören, will ich den Weg beschreiben, wie der Politikwechsel in dieser Stadt gelingen kann.

Unser Kurs steht unter den Leitworten Klarheit, Konzentration und Konsolidierung.

Wir als CDU sind überzeugt: Nur mit Gradlinigkeit, veränderten Prioritäten und echtem Sparwillen gelingt die nötige Kurskorrektur.

Ich beginne mit der Klarheit.

Herr Oberbürgermeister,
Ihr Zahlenwerk für den Haushalt 2017 ist eine „postfaktische“ Problemzone.

Von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit fehlt jede Spur.

Sie verschleiern die wirklichen Finanzprobleme dieser Stadt. Die von Ihnen 2014 ausgerufenen neue Transparenz heißt bei Ihnen 2016 eine heimliche neue Kreditaufnahme im August in Höhe von 80 Millionen Euro.

Haushalts- und Finanzpolitik ist bei Ihnen ein dreister Versuch, den Rat und die Bürger an der Nase herumzuführen.

Im September kündigten Sie noch bei der Haushaltseinbringung an, dass eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage nicht vorgesehen sei.

Welche Ironie! Jetzt im Dezember wissen wir: An Stelle der vermeintlich schwarzen Null und einer Ausgleichsrücklage von 100 Millionen Euro steht in Wahrheit der Verlust der Schuldenfreiheit Düsseldorfs!

Alles in allem wird das strukturelle Defizit in diesem Jahr mehr als 200 Millionen Euro betragen. Für 2017 ist ein Minus in gleicher Höhe zu erwarten.

Meine Damen und Herren,
mit dem 2016er-Etat ist die Talfahrt vorgezeichnet, die die Stadtfinanzen auch 2017 runterreißen wird.

Alle künftigen Lücken und Lasten können Sie heute schon besichtigen.

Ich nenne Ihnen Beispiele für gravierende Schwachstellen.

Wie in 2016 so sind auch wieder für 2017 die Mittel zur Instandhaltung städtischer Gebäude zu niedrig angesetzt. Wahr und klar wäre gewesen, die Entwicklung der Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren einzupreisen, die immer über den Ansätzen lagen.

So aber, Herr Oberbürgermeister, bleibt dieser Posten unterfinanziert.
Das eingestellte Geld reicht vorn und hinten nicht. Sehenden Auges lassen Sie zu, dass die städtische Bausubstanz weiter verfällt.

Ihre Sorgenfalten, Herr Geisel, werden sich vertiefen: Sobald die Tore der Feuerwachen nicht mehr aufgehen, sobald dem Bürger der erste Ziegel vom Dach der alten Kämmerei auf den Kopf fällt, wird der Jammer groß sein.

Apropos alte Kämmerei: Seit über zwei Jahren sehen Sie, Herr Geisel, untätig zu, wie das leere Kämmereigebäude den Steuerzahler jeden Monat 176.000 Euro kostet – aufgrund der Ausquartierung der Mitarbeiter und der Unterhaltungs- und Bewachungskosten.

Bis heute wurden durch Ihre Untätigkeit mal eben 4,5 Millionen Euro verschleudert.
Das sind wahrhaft Horror-Summen für ein Geisterhaus.

Keine Frage, Herr Geisel, bei Ihnen erreicht der „Düsseldorfer Standard“ eine ganz neue Dimension.

Meine Damen und Herren,
einer der größten Kostenposten im Düsseldorfer Haushalt ist und bleibt die Flüchtlingshilfe.

Für 2016 hatte hier der Oberbürgermeister anfangs noch mit Ausgaben von 114 Millionen Euro geplant. Heute sind wir bei 192 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um fast 70 Prozent.

Beschämend ist: Die rot-grüne Landesregierung erstattet davon pauschal nur 61 Millionen Euro – weniger als ein Drittel. Obendrein ist sie eine säumige Zahlerin. Sie lässt bei ihren Überweisungen zähe Monate verstreichen.

Ich betone an dieser Stelle: Düsseldorf braucht erheblich mehr finanzielle Unterstützung vom Land. Nur dann können Versorgung und Integration von Asylberechtigten und von anerkannten und geduldeten Geflüchteten hier bei uns in den Stadtteilen gelingen.

Verantwortung für die überbordenden Asylausgaben trägt aber nicht allein das Land. Nein, Herr Oberbürgermeister, Ihre Politik ist ganz erheblich schuld daran, dass die Flüchtlingskosten mittlerweile den städtischen Haushalt sprengen.

Ich frage Sie: Finden Sie wirklich keine besseren Lösungen, als 119 Millionen Euro für den Ankauf von Containerdörfern bereitzustellen? 119 Millionen Euro für Modulanlagen, die schon bald „abgewohnt“ sein werden?

Gibt es keinen anderen Weg für Sie, als jeden Monat mehr als 8.000 Euro für das Einmotten von 180 nagelneuen Containern bei der IDR zu bezahlen – Container, die derzeit nicht gebraucht werden? Plus noch mal 133.000 Euro für deren Transport und Winterfestigkeit?

Herr Oberbürgermeister,
Sie handeln unverantwortlich: Sie werfen planlos Geld zum Fenster raus, das Ihnen nicht gehört!

Ihre Konzeptlosigkeit und Ihr fehlender Überblick sind das größte Risiko für den städtischen Haushalt!

Das muss sich endlich ändern. Hier braucht diese Stadt dringend den Politikwechsel!

Wir haben es Ihnen mehrfach gesagt und sogar beantragt: Sie hätten von Anfang an auf das Handwerk, auf die Städtische Wohnungsgesellschaft und auf das Baugewerbe zugehen sollen, um gemeinsam Typenhäuser zu bauen. Das sind bezahlbare Häuser und Wohnungen in einfacher, ansprechender Architektur.

Doch nein, Herr Oberbürgermeister, Sie haben ja nicht viel übrig für das analoge Düsseldorfer Handwerk, das nachhaltig baut. Sie mögen's lieber hip und digital – und hoffen auf ein deutsches Silicon Valley in Düsseldorf.

Darum haben Sie auch unseren Masterplan für das Handwerk abgelehnt.

Was Sie bis heute nicht begreifen: Jede Handwerkerin, jeder Handwerker, die oder der sich selbstständig macht, gründet damit ein Start-up. Jeder neue Handwerksbetrieb ist eine Pioniertat und ein Gewinn für die Düsseldorfer Wirtschaft.

Doch zurück zu den Kosten für den Bereich Asyl.

Meine Damen und Herren,
ich möchte hier unmissverständlich klarstellen: Die CDU-Ratsfraktion stellt sich der großen Herausforderung der Versorgung von Geflüchteten – was wir aber kritisieren, ist das Ausgabeverhalten von Oberbürgermeister Geisel.

Wir machen in unserer Kritik sehr wohl und sehr sorgsam einen Unterschied zwischen den Zahlen und den Menschen, die zu uns kommen.

Meine Damen und Herren von SPD, Grünen und FDP,
Ihre Empörungs-Folklore, wann immer wir kritische Fragen zu den städtischen Asyl-Ausgaben stellen, ist ein reines Ablenkungsmanöver.

Sie wollen den Bürgerinnen und Bürgern weismachen: Bei einer Viertel-Milliarde Euro für die Flüchtlingshilfe im nächsten Jahr gäbe es nicht die geringste Einsparmöglichkeit.

Das kann nicht Ihr Ernst sein!

Mit Verlaub, liebe Ampel: Da wollen Sie Ihre Vorstellungen von Willkommenskultur zum Diskussions-Sperrgebiet erklären. Getreu dem Motto: Wo die Gesinnung gebietet, hat der Taschenrechner nichts zu suchen.

Es gehört jedoch auch zur Wahrheit und zur Klarheit: Der Zuzug von Geflüchteten macht Menschen in Düsseldorf nachdenklich und bisweilen auch skeptisch. Neben großer Hilfsbereitschaft erleben wir, dass Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, sie müssten ihre Interessen hinter die Flüchtlingshilfe zurückstellen.

Die CDU will mehr Ausgewogenheit: Hilfe und Integration auf der einen Seite dürfen nicht zu Verunsicherung oder gar Überforderung auf der anderen führen.

Darum sagen wir klar: Die, die zu uns kommen, müssen auch ihren Beitrag für das Zusammenleben leisten. Dazu gehören Respekt vor unseren Werten und das Bemühen um Spracherwerb und Arbeit. Wer keine Bleibeperspektive hat oder kriminell wird, muss unsere Stadt und unser Land wieder verlassen.

Unsere Forderung ist deshalb: Die Stadt muss verstärkt abschieben.

Wenn die Verwaltung in den nächsten beiden Jahren mit 2.500 bis 3.000 ausreisepflichtigen Personen in Düsseldorf rechnet², dann müssen die städtischen Behörden hier mit Nachdruck handeln und die Menschen auch zurückführen.

Meine Damen und Herren,
ich komme zur zweiten Leitlinie des von der CDU geforderten Politikwechsels: konzentrierte Anstrengungen in den Kernaufgaben, Konzentration auf das Wesentliche und Nötige.

Wir sollten uns auf die Lebensqualität konzentrieren. Denn das, was Bürgerinnen und Bürger am meisten von ihrer Stadt erwarten, ist Lebensqualität. Die Menschen wollen sich wohlfühlen in Düsseldorf.

Eine „Wohlfühl-Stadt“ entsteht vor allem durch eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Herr Oberbürgermeister,
bei jeder Gelegenheit schmücken Sie sich mit dem Erbe schwarz-gelber Stadtplanung. Immerhin – dadurch konnten Sie Ihren diesjährigen Auftritt bei der Expo-Real wenigstens verbessern.

Nahezu alles, was Sie in München präsentierten – Ulmer Höh', „Crown“ Berliner Allee, West-LB-Gebäude Friedrichstraße, Karolinger Höfe –, all das sind Perlen, die noch von CDU-Planungsdezernent Gregor Bonin vorgedacht und vorbereitet wurden, dessen Weggang Ihnen bekanntlich ein Herzensanliegen war.

Der besagte schwarz-gelbe Schmuck steht Ihnen gut, Herr Oberbürgermeister. Denn nach zweieinhalb Jahren im Amt können Sie im Grunde keine eigenen Zukunftsprojekte mit Substanz vorweisen. Da stehen Sie – wie der Kaiser in seinen neuen Kleidern – nackt da.

² Vgl. Aktueller Bericht zur Flüchtlingssituation in Düsseldorf, Ausschuss für Gesundheit und Soziales, TOP 2 v. 26.10.2016, S. 5.

Seien wir doch offen und ehrlich: Kö-Bogen II, Albrecht-Dürer-Kolleg, Bäderkonzept und die Verlängerung der 701 gehen auf die Vorarbeiten unter CDU und FDP zurück.

Herr Oberbürgermeister,
auch Ihr Vorhaben „Verwaltung 2020“ ist bisher nur wohlfeiles Wunschkonzert.
Der Praxistest ist längst noch nicht bestanden.

Dabei ist die Grundrichtung durchaus richtig: Wir müssen wegen der wachsenden Personalkosten endlich politisch umsteuern. Das heißt: Manche Leistung, die unsere Verwaltung erbringt, soll und muss effizienter erbracht werden.

Deswegen fordert die CDU immer noch eine umfassende Aufgabenkritik als Grundlage der Verwaltungsreform. Dafür, Herr Oberbürgermeister, brauchen wir aber unabhängige Prüfer, die die Verwaltungsabläufe sachlich und unvoreingenommen unter die Lupe nehmen.

Nun warten wir also gespannt auf die erste Stufe Ihrer groß angepriesenen Personalverschlinkung.

Und siehe da: Was passiert? Zunächst einmal gibt es eine Zunahme von 370 Stellen – mit Mehrausgaben von 15 Millionen Euro.

Bei Ihnen setzt der Jo-Jo-Effekt schon ein, bevor die Diät begonnen hat.

Die wundersame Stellenvermehrung betrifft in erster Linie den Bereich Asyl – nur leider nicht den Ordnungs- und Servicedienst. Der geht leer aus.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Da, wo die Menschen die Hilfe der Stadt dringend brauchen, weil es um Gefahrenabwehr, Jugendschutz, Lärmstörung oder Prostitutionseindämmung geht – ausgerechnet da, Herr Oberbürgermeister, lassen Sie die Bürger im Stich und setzen den Rotstift an.

Offen beklatscht wird dieser Skandal von der FDP.

Lieber Herr Neuenhaus,
Sie haben doch tatsächlich verkündet:
Düsseldorf hätte zu viele OSD-Kräfte, das müsse nicht so bleiben.³

³ Vgl. Bild-Zeitung v. 7.10.2016.

Erklären Sie mal den geplagten Anwohnern rund um die Charlottenstraße, die unter Drogenhandel und Prostitution leiden, dass künftig noch weniger OSD-Streifen durchs Viertel gehen. Schon heute sind 25 Prozent der Stellen im Außendienst unbesetzt.

Herr Oberbürgermeister,
wir fordern Sie auf: Geben Sie dem OSD umgehend wieder das nötige Personal.

In unserer Initiative zum Haushalt beantragen wir die Wiederbesetzung von elf OSD-Stellen für 2017.

Meine Damen und Herren,
ich bin der festen Überzeugung: Gute Politik muss sich an der Zufriedenheit der Menschen ausrichten. Sie ist nicht dazu da, die Menschen zu bevormunden.

So ist es völlig unsinnig, verehrter Herr Volkenrath, Düsseldorfer Hauptverkehrsstraßen in Tempo-30-Zonen zu verwandeln. Das sind Anti-Auto-Träumereien aus den 80er-Jahren. Moderne Politik sollte klügere Wege gehen, als Staus zu verursachen und Abgasmengen hochzutreiben.

Meine Damen und Herren,
zu einer hohen Lebensqualität gehört für die Menschen in Düsseldorf auch, dass in ihrem Lebensumfeld die Dinge in Ordnung gehalten werden: Sie erleben es als Bereicherung, wenn die Straßen verkehrssicher und die Haltestellen barrierefrei sind, wenn nach Silvester oder Karneval kein Müll zurückbleibt – und wenn das Grün gemäht wird und die Parks gepflegt sind.

Herr Oberbürgermeister,
in diesen Bereichen des öffentlichen Wohls fällt Düsseldorf zurück, weil Sie in Ihrem Haushalt die falschen Prioritäten setzen und das Geld falsch ausgeben.

Sie sehen „Wildwuchs“ im städtischen Stellenplan, nicht aber zwischen Pflastersteinen, am Straßenrand oder in Parkanlagen.

Ihnen ist ein neuer Düsseldorf-Schriftzug vordringlicher als sanierte Straßen und Brücken.

Ihnen ist „Kunst am Bau“ wichtiger als die Pflege und der Erhalt des Südparks durch die Menschen der Behindertenwerkstatt.

Und das, Herr Oberbürgermeister, ist ein echter Skandal!

Sie wollen die Pflege des Südparks drastisch reduzieren und den Auftrag an die Werkstatt für angepasste Arbeit um ein Drittel kürzen.

Etwa 30 Menschen mit Handicap werden dadurch ihre Arbeit und ihre Lebensaufgabe verlieren.

Herr Geisel, Sie legen in unverantwortlicher Weise die Axt an eine fast 30-jährige vorbildliche Sozialpartnerschaft in Düsseldorf und setzen Menschen mit Handicap auf die Straße.

Herr Geisel, Sie haben immer noch nicht verstanden, was es bedeutet, Oberbürgermeister einer Großstadt zu sein: Düsseldorf – das ist nämlich nicht nur locker flockige Eventkultur, der gleißende Rheinkomet auf dem Fernsehturm oder Ihre häufigen Besuche der Düsseldorfer Partnerstädte.

Die Menschen in dieser Stadt erwarten von ihrem Oberbürgermeister vor allem eine gerechte und sozial ausgewogene Amtsführung.

Was meinen Sie, Herr Oberbürgermeister, was die Mitarbeiter der Werkstatt für angepasste Arbeit von Ihrer Amtsführung halten, wenn Sie diesen angekündigten Kahlschlag wahrmachen?

Herr Geisel, ich fordere Sie auf: Stellen Sie sich Ihrer sozialen Verantwortung für diese Stadt, und ziehen Sie dieses Vorhaben zurück!

Wenn nicht, dann sollten Sie wenigstens den Mut haben und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Werkstatt persönlich erklären, warum ihnen die Stadt ihre Lebensaufgabe wegnehmen möchte und ihre Arbeit nicht mehr gebraucht wird.

Herr Geisel, wenn Sie nächstes Jahr voll christlicher Inbrunst im Luther-Chor mitsingen, dann sollten Sie an die enttäuschten Gesichter dieser Menschen mit Behinderung denken, die mit viel Lebensfreude und großem Engagement unseren Südpark pflegen.

Meine Damen und Herren,

Lebensqualität in der Großstadt heißt aber auch Umfeld-Verbesserung: das Schlagloch im Asphalt beseitigen, den Spielplatz im Viertel herrichten – und eben auch den offenen Ganztag und die Musikschule bezahlbar halten.

Das ist ein Gebot der Fairness gegenüber den Eltern, damit möglichst viele Kinder gut betreut sind und auch ein Instrument lernen können.

Dafür muss Geld da sein, das erwarten die Menschen. Dafür zahlen sie Steuern und dafür gehen sie wählen.

Herr Oberbürgermeister,
wenn Sie hier nicht zu einem Politikwechsel bereit sind, stellen Sie sich gegen die
Düsseldorferinnen und Düsseldorfer.

Meine Damen und Herren,
wir alle haben einen großartigen Aufstand der Anständigen erlebt, als unser
Oberbürgermeister meinte, er könnte das Düsseldorfer Schauspielhaus plattmachen.

Herr Oberbürgermeister,
habe ich Sie da richtig verstanden? Sie halten es für eine „*List der Vernunft*“, den
„*Kulturtempel des Bildungsbürgertums*“⁴, wie Sie unser Traditionstheater spöttisch nennen,
gegen ein steriles Kongress-Zentrum auszutauschen?

Ich frage Sie: Ist das etwa Ihre Art von „*Hier stehe ich und kann nicht anders*“?

Nein, Herr Oberbürgermeister, das war alles andere als mutig von Ihnen.
Das war würdelos.

Denn wenn man genau hinsieht, haben Sie da eine gezielte Geisel-Patrone abgefeuert.

Sie wussten ziemlich genau, welchen Shitstorm Sie auslösen würden. Sie haben die
überregionale Aufmerksamkeitswelle gesucht und konnten darauf gleich bis weiter nach
Paris surfen – zur Streckenvorstellung der Tour de France.

Den unsäglichen Schauspielhaus-Vorstoß und Ihren Paris-Besuch trennte nämlich nur ein
einziges Wochenende im Oktober. Diese zeitliche Nähe sagt etwas aus über die Werte in
Ihrem Politikverständnis: In Düsseldorf gaben Sie den Bourgeois, in Paris den Edelmann.

Sie haben keinen Moment gezögert, das Schauspielhaus gegen die Tour de France
auszuspielen.

Und Sie tun es noch.

⁴ Vgl. Interview in 3sat-„Kulturzeit“ v. 28.10.2016.

In der öffentlichen Podiumsdiskussion am 12. November haben Sie gesagt:
*„Von den Sanierungskosten fürs Schauspielhaus könnten wir vier Mal einen Grand Depart veranstalten.“*⁵

René Heinersdorff hat Recht: *„Wer die Tour de France für wichtiger hält als ein Schauspielhaus, sollte in einer Kulturstadt wie Düsseldorf abdanken.“*⁶

Herr Oberbürgermeister,
Sie glauben allen Ernstes, Sie könnten sich mit Event-Politik bei den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern dauerbeliebt machen. Wer braucht schon ein Schauspielhaus, wenn er Brot und Spiele haben kann?

Bei der Tour de France dagegen sind Sie um keine Million verlegen. Erst wir als CDU mussten Ihnen für 2016 eine bitter nötige Ausgabenbremse einziehen. Und diese Bremse werden wir auch für 2017 beantragen.

Die Deckelung soll Sie zwingen, mehr Sponsorengelder einzuwerben und nicht nur städtische Tochterfirmen zu melken. Wir zwingen Sie also zu einer finanziellen Schadenbegrenzung angesichts der anhaltenden Haushaltsmisere.

Meine Damen und Herren,
das bringt mich nach Klarheit und Konzentration zum dritten Leitthema eines Aufbruchs zur Veränderung – zur Konsolidierung.

Lieber Wolfgang Scheffler,
im März haben Sie sich breitbeinig vor Ihre Leidensgenossen von der Ampel gestellt. Sie haben damals von geheimen Konsolidierungsplänen gefaselt, mit denen Sie – Zitat – *„die Liquiditätskrise lösen und Investitionen tätigen können“*.⁷

Sie haben sogar versichert, was Sie auf keinen Fall machen werden – Zitat:

*„Wir wollen nicht hingehen und uns als Erstes fragen, was wir in Düsseldorf am teuersten verkaufen können. Das ist nicht unsere Idee; wir wollen auch nicht das Zweitteuerste verkaufen. Wir wollen wirklich strukturell sparen [...]“*⁸

Sie haben recht, Herr Scheffler: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.

⁵ Vgl. Düsseldorfer Anzeiger v. 14.11.2016.

⁶ Vgl. Bild-Zeitung v. 16.11.2016.

⁷ Vgl. Niederschrift über die 15. öffentliche Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf [...] 10. März 2016 [...], S. 18.

⁸ Ebd.

Es kann sich also nur um höhere Dialektik handeln, wenn die Ampel jetzt, nachdem der Verkauf des Flughafengeländes offenbar gefloppt ist, das städtische Kanalnetz verscherbelt. Schon die alten Römer wussten: Geld stinkt nicht.

Meine Damen und Herren,
wenn man bei Monopoly eines lernen kann, dann ist es das: Schlossallee kaufen immer, Schlossallee verkaufen nimmer. Die Schlossallee spült ihrem Besitzer nämlich dauerhaft Geld in die Kasse. Sie ist die Cash-Kuh überhaupt auf dem Brett. Jeder will sie haben, keiner gibt sie her, wenn er sie einmal hat. Alles andere wäre töricht.

Die Cash-Kuh der Stadt Düsseldorf ist ihr Kanalnetz. Dafür bekommt sie Jahr für Jahr eine Riesenpacht von zuletzt 43,4 Millionen Euro vom Stadtentwässerungsbetrieb.

Herr Oberbürgermeister,
Vertreterinnen und Vertreter der Ampel,
mit dem überstürzten Kanalverkauf verstoßen Sie gegen jede kaufmännische und wirtschaftliche Vernunft.

Zugunsten einer einmaligen Liquiditätsspritze von 400 Millionen Euro verzichten Sie auf garantierte Einnahmen von 500 Millionen Euro. Denn so viel würde die Pacht in den nächsten 22 Jahren einbringen.

Aus dieser Nummer gehen Sie also mit einem fixen Minus von 100 Millionen Euro raus. Das wissen Sie schon heute.

Doch Ihre wirtschaftliche Unvernunft endet nicht mit diesem zweifelhaften Deal.

Sie setzen noch einen drauf: Die Bürger sollen Ihnen auch noch Geld leihen, sollen Bürgeranleihen zeichnen über 200 Millionen Euro für 2017 und 2018.

Ich bitte Sie: Das ist doch reinste Augenwischerei, mit der Sie eine Neuverschuldung verschleiern wollen. Denn genau darum handelt es sich: Bürgeranleihen sind nichts anderes als zusätzliche Schulden bei den Bürgern – nicht bei einer Bank.

Was Sie da vorhaben, ist nicht nur unehrlich, sondern es wird auch teuer für die Stadtkasse. Denn im derzeitigen Minus-Zins-Umfeld muss die Stadt gehörig draufzahlen, um die Schuldscheine für die Bürger attraktiv zu machen.

Aber vielleicht haben Sie das über Nacht auch erkannt. Bis gestern jedenfalls standen diese 200 Millionen Euro für Bürgeranleihen noch in Ihrem Haushaltsentwurf.

Meine Damen und Herren,
die CDU geht einen anderen, einen realistischen Weg. Uns geht es um eine strukturelle Konsolidierung im Bereich der Bildungsausgaben im nächsten Jahr.

Auch wir sehen die Notwendigkeit, kurzfristig Liquidität zu schaffen. Auch wir wollen sicherstellen, dass 2017 die bereits beschlossenen Schulbaumaßnahmen beginnen können. Das mehr als 200 Millionen Euro große Loch im Haushalt 2016, das Herr Geisel und die Ampel zu verantworten haben, darf in seinen Auswirkungen nicht zum Investitionskiller im Schulbau werden.

Denn Investition in Bildung ist „alternativlos“ in einer Familienstadt. Schulbaumaßnahmen sind Daseinsvorsorge.

Der entscheidende Unterschied zwischen uns, dem Oberbürgermeister und der Ampel liegt dabei in der Finanzierung: Wir sagen Ja zu Schulen, aber Nein zu Schulden.

Darum haben wir auch immer gefordert: Schulbauten müssen aus dem Kernhaushalt bezahlt werden. Sie gehören nicht in irgendwelche Schattenhaushalte bei IDR und IPM. Klassenräume sind auch keine Renditeobjekte für Investoren.

Wir schlagen deshalb vor: Um die Schulbaukosten von 41,5 Millionen Euro, die 2017 anfallen, ohne Schulden aus dem Kernhaushalt zu finanzieren, bieten wir den Verkauf der Tiefgaragen „Carschhaus“ und „Grabbeplatz“ an. Beide sind ganz oder teilweise in städtischem Eigentum.

Parkhäuser zu betreiben, gehört nicht zu den Kernaufgaben einer Stadt. Schulbau dagegen schon.

Verglichen mit dem Kanalnetz sind die Parkhäuser „Carschhaus“ und „Grabbeplatz“ auch kein Tafelsilber. Denn nach Abzug von Steuern betragen die Pachteinahmen für die beiden Tiefgaragen zusammen gerade mal eine Million Euro pro Jahr.

Insofern halten wir den Verkauf für vertretbar – einzig und allein, um finanziellen Spielraum für 2017 zu gewinnen.

Herr Oberbürgermeister,
in unserem Antrag rechnen wir Ihnen genau vor, wie Sie durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen die Schulbaukosten für das nächste Jahr erwirtschaften können.

Um auch 2018 und 2019 an den Schulen schuldenfrei weiterbauen zu können, sollten Sie vom Verkauf der städtischen Kanäle ablassen.

Die jährlichen Pachteinnahmen von rund 40 Millionen Euro decken in etwa die geplanten Schulbaukosten in den jeweiligen Haushaltsjahren.

Damit wäre der Schulbau ohne Wenn und Aber aus dem Kernhaushalt finanziert.

Das ist Klarheit, Konzentration und Konsolidierung in einem. Das ist die Forderung der CDU.

Meine Damen und Herren,
bevor ich zum Schluss komme, habe ich zu danken.

Ich danke im Namen der CDU-Fraktion den Damen und Herren Beigeordneten, den Beschäftigten in unserer Verwaltung und besonders auch in der Kämmerei. Sie sind es, die dafür sorgen, dass die Anliegen der Bürger erfüllt werden und dass der Rat arbeiten kann. Sie sind das Rückgrat von Stadt und Politik.

So ist es auch keineswegs der Kämmerei anzulasten, dass uns kurz vor der Sitzung des Finanzausschusses letzte Woche ein erstes Veränderungsverzeichnis auf den Tisch flatterte, das es in sich hatte.

Im Hauruck-Verfahren waren dort zusätzliche 530 Millionen Euro hineingepresst worden. Ohne jeden Kommentar. Ohne jede Vorwarnung.

Gestern Abend, Herr Oberbürgermeister, haben Sie dann mal eben die Kreditermächtigungen um über 160 Millionen Euro verringert, die 200 Millionen Euro für die geplante Bürgeranleihe hinausgeworfen und die Ausgaben für Bildungsinvestitionen um 100 Millionen Euro gekürzt.

Herr Oberbürgermeister, was Sie dem Rat in den Haushaltsberatungen zumuten, ist eine bodenlose Frechheit.

Herr Oberbürgermeister,
Vertreterinnen und Vertreter der Ampel,
mit dem umstrittenen Kanal-Deal wollen Sie einzig und allein Ihr Bündnis retten – nicht unsere Stadt.

Denn besonders die FDP ist im Wort. Sie hat maßgeblich dafür gesorgt, dass auf Seite eins der Ampel-Kooperationsvereinbarung schwarz auf weiß geschrieben steht:

„Wir stehen [...] gemeinsam für solide Finanzen. [...] Wir werden daher wie bisher den Kernhaushalt schuldenfrei halten [...].“⁹

Wegen dieser Verpflichtung wollte die FDP das Ampelbündnis platzen lassen, wenn der offene Gang zum Geldleiher ansteht.

So, werte FDP, der Zeitpunkt ist jetzt da.

Mit den Einnahmen aus dem Kanalverkauf stopfen Sie lediglich die Haushaltslöcher in 2016 und 2017. Ab 2018 werden Ihnen dann die Millionen aus der Kanalpacht für die städtischen Investitionen fehlen.

Liebe Ampel,

die von Ihnen verantwortete Krankheit leerer Kassen wird sich chronisch weiter durch den städtischen Organismus fressen. Das Schuldenvirus haben Sie nicht besiegt, weil Ihnen der Mut zum Sparen fehlt.

Mit all Ihren gegenteiligen Beteuerungen klingen Sie bloß wie ein Wunderheiler, der einem Todkranken auf dem Sterbebett noch ein langes Leben verspricht.

Frau Dr. Strack-Zimmermann, Herr Neuenhaus,
ich spreche Sie direkt an: Wahrscheinlich glauben nur noch Sie beide,
dass Düsseldorf wirtschaftlich schuldenfrei ist.

Wie Sie das glauben können, ist mir ein Rätsel: Wo doch die Ausgleichsrücklage von ursprünglich 130 Millionen Euro durch neue Schulden von weit über 200 Millionen Euro aufgefressen wurde.

Woher Sie Ihre eigenwillige Behauptung nehmen, müssen Sie uns und der Öffentlichkeit heute erklären.

Ich sage Ihnen: Sie werden es nicht können.

Schlimmer noch: Sie haben in den letzten beiden Jahren nichts getan, um die Verschuldung zu verhindern.

⁹ Vgl. Kooperationsvereinbarung 2014–2020 für die Landeshauptstadt Düsseldorf. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, S. 1.

Und weil das so ist – weil auch durch Ihre Untätigkeit die Schuldenfreiheit Düsseldorfs nachweislich verloren ist –, muss ich Sie, Frau Dr. Strack-Zimmermann, an den Brandbrief erinnern, den Sie am 2. Juni dieses Jahres an die Mitglieder Ihres FDP-Kreisverbands geschickt haben. Darin schreiben Sie klipp und klar:

„Für uns Freie Demokraten war und ist der Erhalt der Schuldenfreiheit der Stadt Düsseldorf Voraussetzung und Bedingung für die Ampel-Kooperation.“¹⁰

In der Tat: Wenn Ihnen das Wohl dieser Stadt wirklich am Herzen liegt, dann sollten Sie jetzt reinen Tisch machen – und aus der Ampel aussteigen.

Machen Sie es wie Ihr Vorsitzender Christian Lindner und erteilen Sie Rot-Grün eine Absage.

Heute haben Sie die Chance, in diesem Rat den Politikwechsel für Düsseldorf einzuleiten.

Wenn Ihnen aber die Macht mehr bedeutet als die Geschicke Düsseldorfs, dann wirft das einen bleibenden Schatten auf die liberale Politik in diesem Rat.

Das Mindeste, was Sie tun sollten, ist, diesem Haushaltsplan Ihre Zustimmung zu verweigern.

Wir werden mit unserem Nein das Unsrige tun.

Tun Sie es uns gleich – zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Vielen Dank.

¹⁰ Vgl. Kreisvorsitzende Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Brief an die Mitglieder des FDP-Kreisverbands Düsseldorf v. 2.6.2016.

